

Elektromobilität | 10.04.2018 | Nr. 121/18

## **Lukas Kilian und Andreas Hein: Jamaika-Koalition setzt sich für stärkeren Ausbau der E-Mobilität ein**

Die Forderung des VDA-Präsidenten Bernhard Mattes nach mehr Anstrengungen bei der Elektromobilität stößt bei der Jamaika-Koalition in Kiel auf große Zustimmung. So verweist die CDU-Landtagsfraktion mit dem wirtschaftspolitischen Sprecher Lukas Kilian sowie dem energiepolitischen Sprecher Andreas Hein, auf den entsprechenden Antrag, den ihre Fraktion im Januar in den Landtag eingebracht hat. Demnach stellt die Landesregierung 10 Millionen Euro zur Verfügung, um die Elektromobilität auszubauen. Oberstes Ziel, so Kilian und Hein, sei die maximale Nutzung von Strom aus erneuerbaren Energien für Fahrzeuge, um so schnell wie möglich den Ausstoß von CO<sub>2</sub> und Stickoxiden zu minimieren.

„Wir sind nicht die Autoindustrie, die die meisten Gestaltungsmittel selbst in der Hand hat und nicht immer nach der Politik rufen soll, schließlich betreibt der Staat ja auch keine klassischen Tankstellen“, so Andreas Hein. „Dennoch wollen wir die Rahmenbedingungen optimieren, damit die Menschen im Land einen Zugang zur neuen Technologie finden.“ Lukas Kilian ergänzt: „Schleswig-Holstein ist in der Elektromobilität auf einem sehr guten Weg. Die Jamaika-Koalition bringt das Land modern voran. Wir werden uns weiterhin stark für den Ausbau der Elektromobilität einsetzen, insbesondere für eine bessere Ladeinfrastruktur.“

Noch mehr jedoch seien die Autohersteller in der Pflicht, zum Beispiel die Akkus durch kürzere Ladezeiten und durch eine Erhöhung der Reichweiten zu verbessern. Kilian: „Nur so können Elektro-Fahrzeuge eine konkurrenzfähige Alternative zu Diesel und Benziner sein und mehr Marktanteile durch Akzeptanz beim Kunden gewinnen.“ Da die Fördermittel des Bundes ein zeitlich befristetes Instrument seien, müssten E-Fahrzeuge sich langfristig am Preisniveau von Diesel- und Benzinfahrzeugen orientieren.

Andreas Hein unterstreicht die Ziele der Jamaika-Koalition: „Wir wollen, dass die Nutzungsüberlassung von elektrisch betriebenen Dienstwagen für außerdienstliche Nutzung steuerlich attraktiv erhalten bleibt und bei Ausschreibungen für zu beschaffende Fahrzeuge ein Anteil von ab sofort mindestens 20 % mit Elektroantrieb oder Wasserstofffahrzeugen erzielt wird.“

In einem Land wie Schleswig-Holstein mit derzeit zu viel ungenutzter erneuerbarer Energie müsse es selbstverständlich sein, vor allem Ladesäulen für Elektrofahrzeuge zu fördern, die mit regenerativer Stromversorgung beliefert werden.

Nur mit einer deutlichen Reduzierung des weltweiten Schadstoffausstoßes ließe sich das Klima retten. Daher fordern die CDU-Abgeordneten Kilian und Hein von der Industrie die Weiterentwicklung CO<sub>2</sub>-neutraler Mobilitätsformen. Dazu gehört neben der Elektro- vor allem auch die Wasserstoffmobilität.